

## PRESSEINFORMATION

# BRANDGEFÄHRLICH: VOEB UND ARGE AWV FORDERN VERBOT VON EINWEG-E-ZIGARETTEN AUCH IN ÖSTERREICH

Expert:innen der Abfall- und Ressourcenwirtschaft fordern ein Verbot von Einweg-Vapes. Das Verbot sollte unbedingt in die Novelle des Tabakgesetzes Eingang finden, die demnächst beschlossen werden soll. Der Grund: Neben den gesundheitlichen Folgen können die in Einweg-E-Zigaretten enthaltenen Lithiumbatterien gefährliche Brände verursachen. Viele Länder haben deshalb Einweg-Vapes bereits verbannt, in einer repräsentativen Umfrage befürworteten 75 Prozent der Österreicher:innen ein Verbot. Derzeit dürfen diese ausschließlich im Handel oder bei kommunalen Sammelstellen entsorgt werden, in der Praxis landen sie aber oft im Restmüll.

Wien, am 30. April 2025 – „Großbrand wegen defekter Akkuzelle“ titelten erst vor wenigen Tagen viele Medien, 110 Feuerwehrleute waren im niederösterreichischen Schönau stundenlang im Einsatz im Kampf gegen das Feuer in einem Abfallwirtschaftsbetrieb. Der Hintergrund: Immer mehr Brände entstehen durch Lithiumbatterien, die sich bei kleinster Reibung oder mechanischer Einwirkung entzünden und gefährliche Brände verursachen. Die Batterien sind in zahlreichen Produkten enthalten. Dazu gehören neben Handys und Küchengeräten auch singende Grußkarten, blinkende Kinderschuhe – und Einweg-Vapes. Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) und die Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände (ARGE AWV) fordern daher gemeinsam die Aufnahme eines Verbots von Einweg-E-Zigaretten in den aktuellen Begutachtungsentwurf zur Novelle des Tabak- und Nikotinsucht-Gesetzes (TNSG). Neben weitreichenden gesundheitlichen Folgen stehen Einweg-E-Zigaretten auch dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft grundlegend entgegen, denn sie verursachen unnötigen Ressourcenverbrauch.

### Es brennt jeden Tag

Einweg-Vapes gefährden bei achtloser Entsorgung die Umwelt und bergen erhebliche Brandrisiken durch die in den Produkten enthaltenen Lithium-Batterien. Tägliche Brände in österreichischen Abfallwirtschaftsbetrieben, Sammelfahrzeugen und in Wohn- und Lagerräumen durch beschädigte Batterien verdeutlichen die Dringlichkeit eines gesetzlichen Eingreifens. Gabriele Jüly, Präsidentin des Verbandes Österreichischer Entsorgungsbetriebe, erklärt: „Unsere Betriebe haben in den letzten Jahren enorme Summen in Brandschutz investiert. Daher werden die allermeisten, oft täglichen Brände, schnell gelöscht. Aber die Zunahme an Produkten, die Lithiumbatterien enthalten, ist für jeden einzelnen Betrieb der Abfall- und Ressourcenwirtschaft existenzgefährdend. Dazu gehören auch Einweg-Vapes, diese sind einfach nur gefährliche Umweltsünder.“ Daher dürfen diese ausschließlich im Handel oder in

Sammelstellen für Elektroaltgeräte entsorgt werden. „In der Praxis landen sie häufig im Restmüll, und wir befürchten, dass sich das nicht so schnell ändern wird“, ist Jüly überzeugt.

### **Verlust von wertvollen Rohstoffen**

Die unsachgemäße Entsorgung von Einweg-E-Zigaretten führt außerdem zum Verlust wertvoller Rohstoffe. In den enthaltenen Lithiumbatterien befinden sich Metalle wie Blei, Nickel, Lithium und Kobalt, die durch eine fehlende Rückführung dem Recycling dauerhaft entzogen werden. Anton Kasser, Präsident der ARGE AWW: „Vor dem Hintergrund immer knapper werdender Ressourcen sind Einweg-E-Zigaretten als Umweltsünde zu betrachten. Wenn noch dazu von diesen Produkten, wie bei Einweg-Vapes, akute Brandgefahr ausgeht, dann spricht alles eindeutig für ein bundesweites Verbot.“ In einer repräsentativen Marketagent-Umfrage befürworteten drei von vier Österreicherinnen und Österreichern aus Umweltschutzgründen ein Verbot dieser brandgefährlichen Wegwerfprodukte<sup>1</sup>.

### **Europaweite Forderung**

Belgien hat den Verkauf von Einweg-E-Zigaretten mit Wirkung zum 1. Jänner 2025 vollständig verboten und ist damit als erstes EU-Land diesen Schritt gegangen; auch in Frankreich gilt das Verbot seit Februar 2025. Das Vereinigte Königreich verbietet ab 1. Juni 2025 Einweg-E-Zigaretten. Dort fallen gemäß Schätzungen der Regierung fünf Millionen Einweg-Vapes pro Woche als Abfall an. Auch weitere Länder haben ein Verbot oder starke Einschränkungen dieser Produkte umgesetzt. In Deutschland will ein breites Bündnis Einweg-Vapes verbieten. Zusätzlich untermauern europäische Dachorganisationen der kommunalen und gewerblichen Entsorgungswirtschaft diese Forderung: In einem gemeinsamen Positionspapier<sup>2</sup> wird ein EU-weites Verbot von Einweg-E-Zigaretten verlangt. Begründet wird dies mit den erheblichen negativen Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und Kreislaufwirtschaft. Ein gesetzliches Verbot wird unter Berufung auf bestehende Vorbilder bei Einwegplastikprodukten gefordert. Der VOEB und die ARGE AWW schließen sich diesem klaren Appell an und fordern die österreichische Bundesregierung auf, dem internationalen Beispiel zu folgen und eine entsprechende Regelung im Tabak- und Nikotinsucht-Gesetzes zu verankern. Nur so kann ein wichtiger Schritt hin zu mehr Umwelt- und Ressourcenschutz sowie einer sicheren Entsorgungsinfrastruktur gesetzt werden.

#### **<sup>1</sup>Über die Umfrage:**

Die Umfrage wurde im Auftrag des Verbands Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) von Marketagent.com durchgeführt. Vom 26. Juni. bis 3. Juli 2024 wurden 1.000 Personen im Alter zwischen 14 und 75 Jahren befragt. Das Sample ist repräsentativ für die österreichische Bevölkerung.

<sup>2</sup> **Forderungspapier**, abrufbar unter: <https://www.weeelabex.org/wp-content/uploads/2024/05/joint-statement-calling-for-the-ban-of-single-use-e-cigarettes-in-the-european-union-uk-and-eea-february-2024-final.pdf>

### **Über den VOEB:**

Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) ist die freiwillige Interessensvertretung der kommerziell geführten Abfall- und Ressourcenwirtschaftsunternehmen in Österreich. Der Verband vertritt derzeit über 260 Mitgliedsunternehmen und repräsentiert somit zwei Drittel – gemessen am Umsatz bzw. an den Beschäftigten – der privaten österreichischen Abfallwirtschaftsbetriebe. Insgesamt beschäftigt die Abfallbranche in ihren 3.300 privaten und kommunalen Betrieben mehr als 31.000 Mitarbeiter:innen. Die Unternehmen der Abfall- und Ressourcenbranche sammeln, sortieren und verwerten jährlich 74 Mio. Tonnen Abfall und erwirtschaften dabei Umsätze in der Größenordnung von 9 Mrd. Euro pro Jahr.

#### **Über die Arge Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände:**

Die Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände (Arge AWW) ist die Informationsdrehscheibe und Interessensvertretung von Gemeinden und Gemeindeverbänden mit rund 7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. In fachlicher Zusammenarbeit mit acht Landesdachorganisationen vertritt die Arge AWW die kommunale Abfallwirtschaft in Österreich. Mit Abfallgebühren in Höhe von rd. EUR 800 Mio. werden im kommunalen Auftrag von 14.000 Mitarbeiter:innen jährlich 3,5 Mio. Tonnen Siedlungsabfälle von Gemeinden, Städten und Verbänden gesammelt und bestmöglich verwertet.

#### **Rückfragen:**

Veronika Wüster - Geschäftsführerin VOEB

Tel.: +43 1 713 02 53

E-Mail: [wuester@voeb.at](mailto:wuester@voeb.at)

Website: [www.voeb.at](http://www.voeb.at)

Michael Bartmann – Bundeskoordinator Arge AWW

Tel.: +43 676 533 45 12

E-Mail: [michael.bartmann@argeawv.at](mailto:michael.bartmann@argeawv.at)

Website: [www.argeawv.at](http://www.argeawv.at)